

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 1/2
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Pettzelle 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheck. Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

Der Staat als Retter der Wirtschaft.

Von Prof. E. Lederer

Der Schuß, mit dem Boar Kreuger seinem Leben ein Ende setzte, schien zuerst die Tat eines nervös überreizten, eines verfeinerten, kultivierten Ehrenmannes, dessen Empfindlichkeit so weit ging, daß er nicht einmal einen Ueberbrückungskredit für einige Wochen in Anspruch nehmen wollte. Und heute wissen wir, daß Kreuger nicht nur ein waghalsiger Unternehmer, ein Spekulant und leichtfertiger Bankrotteur, sondern auch ein Fälscher (zwar zeitweise erfolgreicher Fälscher) größten Stils war, der nicht davor zurückschreckte, in seinem Geheimkabinett die Unterschriften der Bankgrößen nachzuzeichnen, mit denen er — was Fälscher selten zu tun Gelegenheit hatten — vielleicht kurz vorher intim soupierte.

Ein Führer der kapitalistischen Welt vergreift sich also am Privateigentum und negiert derart die Grundlagen der kapitalistischen Verfassung — ein „Trennhänder der gesellschaftlichen Eriparnisse“, ein Abgott des kleinen Mannes, der gläubig die Aktien seiner Gesellschaften gekauft hatte, wird zum verfallenen Betrüger, um sich noch eine Weile über Wasser zu halten. In diesen Wochen mag mit so manchem Vermögen auch so mancher Glaube an die Weisheit und die Zuverlässigkeit der Konzernkönige zusammengebrochen sein. — Ob nun auch der kapitalistische Kleinbürger erkennt, daß seine Interessen in einer wirtschaftlichen Demokratie besser aufgehoben wären?

Aber noch einen anderen wichtigen Anschauungsunterricht erteilen die Erfahrungen des letzten Krisenjahres: die öffentlichen Wirtschaftsbetriebe haben sich bisher erstaunlich gut gehalten. Das gilt von den öffentlichen Kreditinstituten sowohl wie von den Betrieben des Reichs und der Länder. Noch vor einigen Jahren gehörte es beinahe zum guten Ton, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Betriebes zu bezweifeln. Man sagte, er ist bürokratisch, er erstickt in Verwaltungskosten, er entbehrt der Initiative, er ist nicht wendig genug, um sich den wechselnden Marktbedingungen anzupassen. Man behauptete, der öffentliche Betrieb könne überhaupt nicht geführt werden, wenn er nicht eine Monopolstellung innehat, wenn er nicht all die Privilegien genieße, die sich aus der Hoheitsstellung des Staates ergeben. Und was zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre? Gerade die Privatbetriebe, die sich stärkster Monopolstellungen erfreuen, die von den Subventionen der Allgemeinheit (in Form von Zöllen oder direkten Zuwendungen) leben, geraten in die größten Schwierigkeiten. Würde die kapitalistische Gerechtigkeit geübt werden, würde der arme, der verachtete, der von den Interessenten immer wieder herabgesetzte Staat nicht sein Recht einsehen, um einige der bedrohten Positionen zu retten, so würden heute die größten Industriezweige, die Träger des gesellschaftlichen Reichtums, die Banken, mit geringen Ausnahmen zusammenbrechen. Hätten wir heute eine wirkliche freie Konkurrenz, so würden in einem Kampf aller gegen alle die Werte noch tiefer sinken, die Kreditgrundlagen ganz dahinschwinden, und der kapitalistische Automatismus würde die Sparrer ebenso rasch und sicher enteignen, wie eine bolschewistische Revolution, und würde überdies durch Vernichtung zahlreicher noch vorhandener Arbeitsmöglichkeiten das Massenelend unendlich steigern.

Heute ist es der vielgefälschte Staat, der mit seinem Kredit und seiner von ihm bereitgestellten Kaufkraft den stark eingeschrumpften privaten Wirtschaftsprozess noch in Gang erhält. Wie läge es heute in Deutschland aus, wenn das nicht möglich wäre, wenn der Staat keine Organe für diese Hilfsstellungen entwickelt hätte?

Wie erfolgreich und richtig gerade Preußen in den letzten zwölf Jahren seine Wirtschaftskrisis entfaltete, zeigt erst jetzt wieder die ausgezeichnete Darstellung dieser Entwicklung in dem Buche „Der Staat als Unternehmer“ von Staatssekretär Dr. Staudinger (Preußisches Handelsministerium). Daraus geht hervor, daß die preußische Verwaltung nach dem Kriege sich neuartigen und schwierigen Aufgaben — ähnlich wie das Reich — gegenüber sah. Hatte doch der Krieg auch die staatlichen Betriebe desorganisiert und verarmt, waren doch die Eisenbahnen aus dem System der staatlichen Betriebe herausgebrochen worden — bis dahin ein richtiges Netzwerk, durch das der Staat mit der ganzen Wirtschaft aufs engste verflochten war. Nach dem Kriege wurde in der Elektrizitätswirtschaft eine ähnliche Organisation, menngleich ohne jedes Monopol, aufgebaut. Da glücklicherweise die Privatisierung der Eisenbahnen, nach den Plänen von Stinnes, nicht erfolgt war (wenngleich die Reichsbahn heute noch in ihrer Geschäftsführung zu deutlich dem Einfluß der großen Lieferindustrien zeigt, deren Vertreter ihre Verwaltung entscheidend bestimmen), so ist der staatswirtschaftliche Rahmen breit und stark genug, um das Gefüge der Wirtschaft noch zusammenzuhalten.

Das Urteil über die staatlichen Betriebe, wie es von geschäftigen Ideologen geprägt und verbreitet worden war, ist jedenfalls für die preußischen Betriebe der Nachkriegszeit falsch gewesen. Der Staat war aber auch nicht eine Organisation von bloßen Bürokraten, sondern er vermochte — zum Teil mit frischen, jungen Kräften — auf dem wirtschaftlichen Gebiete zu führen. Er wurde wieder — was er im 18. Jahrhundert schon gewesen war — Unternehmer. Aber Unternehmer sein heißt nicht hazardieren, mit den Eriparnissen des kleinen Mannes spielen, tollkühne Pläne entwerfen, ohne sich darum zu küm-

mern, was andere tun und wie sich der Markt entwickelt. Unternehmer sein soll heißen, nach einem vorbedachten und realistischen Plane, in Erkenntnis der wirklichen Möglichkeiten, und ohne Wunderglauben, mit richtiger Einschätzung seiner eigenen Kraft und mit einer gewissen Vorsicht zugleich aufzubauen. Jetzt sehen wohl viele ein, daß die Scheu vor zu großen Verantwortungen auch ihr Gutes haben kann, daß die Initiative auch die Verlustgefahren in sich schließt, und die Stimmen aus kapitalistischen Kreisen mehrten sich, die auch für die kapitalistische private Wirtschaft vorsichtigste Führung, insbesondere in der Kreditgewährung fordern. Die Bürokratisierung der Bankpraxis, die heute so populär ist, wäre vor einigen Jahren noch verachtet worden — der Wandel der öffentlichen Meinung zeigt eben deutlich, daß man die Gefahren zu erkennen beginnt, die darin liegen, daß private Unternehmer im Konzentrationsprozeß von Macht und Reichtum die Grenzen ihrer Ausdehnungsfähigkeit nicht mehr kennen.

Wie von einem Blicklicht muß die gegenwärtige Lage durch die Tatsache erhellt werden, daß der größte Zusammenbruch unserer Tage, der Zusammenbruch Kreugers erfolgte, trotzdem er seinen Konzern auf den besonders krisenfesten Industrien aufbaute: auf der Zündholzindustrie, dem Telefonwesen usw. Das sind gerade Wirtschaftszweige, in denen, wie man sagte, „nicht einmal dem Staat etwas passieren“ könnte.

Folgt daraus nicht zwingend, daß Schluß gemacht werden muß mit der verantwortungslosen, unkontrollierten Wirtschaft der „Wirtschaftsführer“, und daß die Allgemeinheit mit fester Hand die Kontrolle ergreifen muß in einer wahrhaften Wirtschaftsdemokratie?

Nach den Wahlen.

Die Landtagswahlen, die am 24. April in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt stattgefunden haben, brachten keine klare Entscheidung. In keinem der fünf Länder konnten die Nationalsozialisten ihre Parole: „Eroberung der politischen Macht“ verwirklichen. Nur in Anhalt ist es den vereinigten „Nationale Opposition“, Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen möglich, sich zu einer enghen Mehrheit zu vereinen.

In Preußen stehen der Rechtsopposition mit 203 Mandaten gegenüber: 162 Mandate der Weimarer Koalition und 57 Mandate der Kommunisten. In Bayern erhielt die Baperische Volkspartei 45 Mandate, die Sozialdemokratie 20 Mandate, die Deutschnationalen 3 Mandate, die Nationalsozialisten 42 Mandate und die Kommunisten 8 Mandate. Hier haben die Weimarer eine sichere Mehrheit. In Württemberg liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Preußen. In Hamburg verfügen die Weimarer über 69 Mandate, denen 65 Mandate der Rechtsparteien und 26 Kommunisten gegenüberstehen.

Die außerordentliche Verschärfung der Parteikämpfe ist den kleineren Parteien nicht gut bekommen. Für die Preußenwahlen hatten nicht weniger als 21 Parteigruppen Listen eingereicht, von denen es nur neun gelang, Vertreter in den Landtag zu entsenden. Nur fünf Parteien ist eine Fraktionsbildung möglich. Wir gelangen so zu einer Vereinigung des Parteiensystems, zwei Parteien rechts (Nationalsozialisten und Deutschnationale), zwei Par-

teien links (Sozialdemokraten und Kommunisten) und das Zentrum in der Mitte. Am empfindlichsten wurden die Deutschnationalen des Herrn Hugenberg betroffen, die allein in Preußen 1 750 000 Stimmen und damit 41 Mandate verloren haben. Sie werden sich trösten, denn schließlich haben ja Hitler und Hugenberg zum Teil dieselben Geldgeber und Hintermänner. Vernichtet geschlagen wurde die Deutsche Volkspartei, die von 40 auf 7 zurückgegangen ist. Böllig aufgerieben sind die Wirtschaftspartei und die Landvolkgruppe. Ein besonderes Mißgeschick trifft die Deutsche Staatspartei, die nicht allein die Hälfte ihrer bisherigen Stimmen einbüßte, sondern infolge der Eigenart des Wahlsystems nur zwei Mandate erhielt.

Die Stimmen, die diese Parteien verloren haben, sind reiflos den Nationalsozialisten zugefallen. Hitler hat die katastrophale Notlage des deutschen Volkes in demagogischer Weise ausbeutet und seinen Wählern alles versprochen, was sie nur irgend gern hören wollten, ohne jemals ernstlich daran zu denken, das Versprochene auch einzuhalten. Dieses gefährliche Spiel hat auch die Reichsregierung klar erkannt. Dafür nur zwei Beispiele. Auf einer großen Berliner Kundgebung anlässlich der Reichspräsidentenwahl geißelte der Reichszkanzler Brüning das Treiben der Nationalsozialisten:

„Sie wollen nur die Macht, aber unter der Hand geht man hin und da, wo man in Arbeiterversammlungen steht, verpricht man den

Arbekttern schönere und bessere Zukunft, um nachher in ganz geschlossenen Räumen ausschließlich vor den Führern der Industrie zu sprechen."

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat auf dem Streiktagkongress der freien Gewerkschaften diese Frage ebenfalls berührt. „Weshalb haben sich denn“, so fragte Stegerwald, „so viele Vertreter der Großwirtschaft in Industrie und Landwirtschaft bei den Reichspräsidentenwahlen für Hitler erklärt? Weshalb durch eine zweite Inflation zum zweiten Male ihre Schulden auf Kosten der Sparter loszuwerden wollen.“

Es fragt sich nur, wie lange Hitler dieses falsche Spiel noch treiben kann. Schon drängen die Hintermänner der nationalsozialistischen Bewegung immer mehr nach dem Vorderrgrund. Es sind die bekannten Mächte aus der Vorkriegszeit mit seinem Dreiklassenwahlrecht, die Sprößlinge Wilhelms des Abgerufenen, Großagrarier, Generale und Admirale der alten Armee, Schwerindustrielle vom Schläge der Hoffens und Kirbors und mit ihnen der ganze Reichsverband der deutschen Industrie mit all ihren großen und kleinen Scharfmachern, es sind die Vertreter des Bankkapitals usw., kurzum es ist eine honorierte Gesellschaft, die sich zum Stellhelfen in Adolf Hitlers „sozialistischer Arbeiterpartei“ zusammengefunden hat, um gemeinsam der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands das Fell über die Ohren zu ziehen. Auch der Schlachtruß des Parteibuchhändlers: „Weg mit den Parteibuchhändlern!“ entspricht rein egoistischen Motiven. Die akademischen Berufe sind stark überseht und leihen Endes geht der Kampf gegen die Parteibuchhändler allein um den Plag an der Futtertrippe frei nach dem Motto: „Stehe auf, damit ich mich sehe!“

Wesentlich stimmt der Einbruch der Nationalsozialisten in die Marxistische Front. Die Sozialdemokratie hat Verluste erlitten, was übrigens bei dem ungeheuren Druck, dem diese Partei seit Jahren ausgeht ist, nicht sehr verwunderlich erscheint. Schulter an Schulter haben Hitler und Thälmann, Dingeldey und Hugenberg und wie sie alle heißen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften geführt, und der Erfolg des großen Verleumdungszuges mit der Parole: „Die Sozialdemokratie ist an allem schuld!“ zeigt sich darin, daß die Zahl der SPD-Mandate, wenn man von Hamburg und Groß-Berlin abliest, stark zurückgegangen ist. Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt. Wir haben als Folge der Wirtschaftskrise im Reich immer noch 6 bis 7 Millionen Arbeitslose, die sich tagtäglich um Arbeit bemühen und nicht unterkommen können. Dazu kommen die vielen ruinierten Mittelstandsbefitzenden. Ein nomadischer Teil dieser Unglücklichen hat sich von den kommunistischen Agitatoren sorreden lassen: „nur die Sozialdemokratie ist an der Wirtschaftskrise und der allgemeinen Arbeitslosigkeit schuld“ und ist zum Kommunismus übergegangen.

Die Landtagswahlen haben gezeigt, daß es der SPD nicht gelungen ist, die große Chance, die ihr die Massenarbeitslosigkeit gegeben hat, auszunutzen und viele Ueberläufer an ihre Fahnen zu fesseln, und so haben die Kommunisten ebenfalls empfindliche Verluste erlitten. Wohl haben sie im Preussischen Landtag gegen 1928 rund 580 000 Stimmen gewonnen, dagegen beträgt ihr Verlust, gemessen an den Reichstagswahlen im Jahre 1920 rund 339 000 Stimmen. Unter den Parteien, die kein Mandat erlangt haben, befindet sich die Sozialistische Arbeiterpartei, die es in Preußen auf rund 80 000 Stimmen brachte. Die SWP erhielt selbst in ihrer Hochburg Breslau nur 14 000 Stimmen und geht deshalb völlig leer aus. Neben dem dadurch für die Linke entstehenden Verlust von zwei Mandaten ist der Schaden, den die ferkehende Agitationsstätigkeit dieser Spittergruppen dadurch anrichtet, daß sie unangähliche, besonders jugendliche Proletarier in die schweren Gewissenskonflikte treibt, nicht gering einzusehen.

Der Ausgang der Landtagswahlen zeigt uns, wohin diese Selbstzerfleischung führt. Der laufende Dritte ist die Reaktion, die hinter Hitler Aufstellung genommen hat. Schon sehen die Nazis erneut ein, um die politische Macht im Reich ödlig an sich zu reißen. Sie fordern die Auflösung des Reichstags und Ausschreibung von Neuwahlen, um die Konjunktur restlos auszufächeln.

Wider besteht wenig Aussicht, daß die Leitung der SPD zu einer besseren Erkenntnis der Lage kommen wird. Wohl hat nach der Wahl Thälmann, der Vorsitzende der kommunistischen Partei, und mit ihm die Berliner „rote Fahne“ erklärt, daß ihre Partei alles tun würde, um eine nationalsozialistische Regierung in Preußen zu verhindern, in Wirklichkeit geht der Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten unter der alten Parole: „der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie“ in unveränderter Form weiter. Die Fortsetzung dieser Latit kann nicht zum Erfolg führen.

Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, den Kampf gegen die Reaktion auf breiterer Basis fortzusetzen. Besonders in dieser Zeit, wo der innerlich morsche Ka-

pitalismus, begünstigt durch die Auswirkungen der Krise, scheinbar mächtiger auftritt, als er tatsächlich ist, müssen wir in noch höherem Ausmaße wie bisher restlos alle Kraft einsetzen, um die Gegner niederzurufen und die Durchführung unserer Forderungen zu erzwingen.

Die Lehre, die wir aus dem Ausgang der Landtagswahlen vom 21. April 1932 zu ziehen haben, muß heißen:

**Nun erst recht Organisation!
Kampf gegen alle Feinde der aufstrebenden Arbeiterklasse!**

Das Gesamtwahlergebnis.

Preußen: Sozialdemokraten 4 674 943 (4 989 488), Deutschnationale 1 524 931 (1 968 886), Zentrum 3 374 413 (3 158 131), Kommunisten 2 819 602 (3 141 547), Deutsche Volkspartei 390 807 (1 004 118), Wirtschaftspartei 191 032 (803 141), Landvolkpartei 153 562 (579 182), Nat. Front (Junge Rechte) 13 942 (—), Deutsche Staatspartei 332 441 (680 946), Nationalsozialisten 8 008 219 (3 982 637), Chr.-Soz. Volksdienst 255 069 (509 328), Volksrechtspartei 44 119 (118 020), SWP 80 437. Zusätzlich weitere Spittergruppen erhielten zusammen 194 619 Stimmen. (Die Zahlen in Klammern sind die Wahlziffern der Reichstagswahl 1930.)

Der Sieg bleibt uns!

Eine Schlacht ist geschlagen, es war die letzte nicht.
Nur wenn wir nicht ruhen, bekrönt uns das Licht.
Deutschland muß leben, und es lebt nur durch die Tat.
Durch Treue, Einhalt und Pflicht. Seid auf
[der Waacht! Wagt,
Was Väter träumten, dies Reich in Freiheit: uns
[ist es gegeben.
Wir formen es. Wir schützen es mit unserem
[Blut und Leben.
Im Bewitter der dreigebündelten Pfeile brauchen wir vor.
Die Hämmer silgen und zertrümmern das Tor
Der Knechtschaft und die scharnen Ketten der Not —
Der Sieg bleibt uns, wenn das Wachtfeuer leht.
Walter G. Ossilewski.

Der neue Landtag umfaßt voraussichtlich 422 Abgeordnete. Sie verteilen sich auf die Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 93, Deutschnationale 31, Zentrum 67, Kommunisten 37, Deutsche Volkspartei 7, Staatspartei 2, Nationalsozialisten 162, Deutsch-Dänischer 1, Christlich-Sozialer Volksdienst 2, Volksrechtspartei 1.

Der Bayerische Landtag zählt 128 Abgeordnete. Dapon entfallen auf Bayerische Volkspartei 45, Sozialdemokraten 20 (34), Bayerischer Bauernbund und Staatspartei 9 (17), Deutschnationale 3 (13), Nationalsozialisten 43 (9), Kommunisten 8 (5).

Württemberg: Sozialdemokraten 206 572 (Reichstagswahl 1930: 280 700), Deutschnationale 53 410 (83 000), Zentrum 254 675 (281 600), Kommunisten 116 644 (130 100), Volkspartei 19 319, Demokraten 59 689 (gemeinsame Liste mit Volkspartei 135 400), Nationalsozialisten 328 188 (Reichstagswahl 1930: 128 700; 10. April 1932: 408 500), Chr.-Soz. 52 352 (91 400), Bauern- und Weingartenbund 139 645 (178 400). — Der neue Landtag besteht demnach aus Sozialdemokraten 14 (21), Zentrum 17 (16), Bauernbund 9 (15), Demokraten 4 (8), Kommunisten 7 (6), Deutschnationale 3 (4), Volkspartei 0 (4), Christl. Volksdienst 3 (3), Volksrecht 0 (2), Nationalsozialisten 23 (1), zusammen 80 Sitze.

Für die hamburger Bürgerschaft wurden gewählt: Sozialdemokraten 49 (46), Nationalsozialisten 51 (43), Kommunisten 26 (33), Staatspartei 18 (14), Deutschnationale 7 (9), Deutsche Volkspartei 5 (7), Wirtschaftspartei 1 (2), Christlichsozialer 1 (2), Zentrum 2 (2).

In Anhalt erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 75 120, Deutschnationale 12 807, Zentrum 2650, Volkspartei 8194, Hausbesitzer 6368, Kommunisten 20 414, Staatspartei 3227, Nationalsozialisten 89 602, Sozialistische Arbeiterpartei 803. Rechtsregierung ist hier leider gesichert.

Konzernkönige am Pranger.

Die Umtriebe von drei Kapitalgewaltigen, dem verstorbenen Vvar Kreuzer, dem Völstigen Deterding und dem amerikanischen Inzull haben die ansonst kaum überwindlichen Schwierigkeiten auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten noch gewaltig erhöht. Sie haben die Beendigung der verwüstenden internationalen Kreditkrise noch weiter hinausgeschoben. Von Vvar Kreuzer, der noch bei seinem Kreditob als ein großer Wirtschaftsführer gefeiert wurde, stellten sich Fälschungen und andere betrügerische Operationen in größtem Umfang heraus. Sein Aktienkonzern ist zusammengebrochen und hat die schwedische Wirtschaft, ja auch die schwedischen Staatsfinanzen aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen. Die verhältnismäßig günstige Kapitalwirtschaft Schwedens erhielt durch Kreuzers Betrugereien eine toum heilbare Wunde. Jedoch derartige lie auch in den Vereinigten Staaten und in Frankreich enorme Verluste, die das Vertrauen der

kleinen Kapitalbesitzer, die ihre Sparrapitalien zur Förderung der Produktion hergeben wollten, noch weiter erschütterten. Sir Henry Deterding, der Alleinherrlicher des Deitrufts Royal Dutch Shell, Schutzpatron Adolf Hitlers, brachte die Kapitalmärkte durch gewaltige Verluste in Verwirrung, die er an einer Spekulation von unerhörtem Umfang erlitt. Deterding spekulierte darauf, daß angesichts der angeblich bestehenden — Goldknappheit in der Welt das Silber als zweites Währungsgeid zur Geldversorgung der Welt wieder herangezogen wird, und daß die vermehrte Verwendung des Silbers die gewaltig gedrückten Silberpreise wieder in die Höhe treiben werde. Er rechnete offenbar auch mit der günstigen Wirkung jenes Preiseselbstzuges, den er augunsten des Silbers in der ganzen Welt mit Aufgebot großer Geldmittel entfesselte. Es ist in der Tat nicht möglich, daß, wenn die Währungen der Welt wiederhergestellt werden und eine durchgreifende Währungsreform erfolgt, dem Silber darin eine, wenn auch bescheidene Rolle zufallen wird, indem die Deckungsreserven für die Banknoten möglicherweise zum Teil aus Silber bestehen werden. Das ist jedoch Zukunftsmusik. Deterding, der ungeheure Mengen Silbers zusammenkaufte, da er baldiger Preissteigerung für Silber rechnete, wird von dieser Preissteigerung keinen Nutzen ziehen. Die Silberpreise sind zunächst weiter gewaltig gesunken. Der Deimagnat erlitt ungeheure Verluste, die er durch Abstoßung seines Wertpapierbesitzes decken mußte. Die Verluste wirkten auch auf den Deitruft zurück, um so mehr, da die Lage der Deitruftie in der Krise infolge des Preissturzes an sich sehr ungünstig ist. Die Folge ist die weitere Verwirrung des Effektenmarktes. Dieser empfind eine nicht geringe Störung auch durch den Zusammenbruch des zweitgrößten Konzerns für Versorgungsbetriebe — Gas, Wasser, Elektrizität, Strahlenbahn usw. — in den Vereinigten Staaten, des amerikanischen Inzull-Konzerns. Die Versorgungsbetriebe selbst blieben in den Vereinigten Staaten wie anderswo trotz der Krise gewinnbringend, da sie sich meistens auf einem regelmäßigen und nicht entbehrlichen Massenverbrauch stützen. Der Zusammenbruch des Inzull-Konzerns war verpudelt durch die Machtbefreiungen seiner Leiter, der Familie Inzull, die, um ihren Besitz zu vermehrten, die Aktien zahlloser Unternehmungen zusammenkaufte und sich dadurch über ihre Kräfte verpudelte. Ähnlich wie im Falle Kreuzer geriet die Inzull-Holdinggesellschaft durch die Entwertung der Wertpapiere, die zur Unterlage der von ihnen aufgenommenen Kredite dienten, in Zahlungsschwierigkeiten. Die zahllosen Verpudlungen der einzelnen Unternehmungen, die in den Holdinggesellschaften Inzull zusammengefaßt waren, machen die Verhältnisse dieser Konzerns ebenso undurchsichtig wie die des Kreuzer-Konzerns. Beide haben die Verhältnisse der von ihnen beherrschten Unternehmungen absichtlich verdunkelt. Es zeigt sich eben, daß die kapitalistische Zusammenfassung zahlreicher Unternehmungen in einen Konzern die Gleicher der Volkswirtschaft und deren Verhältnisse nicht durchsichtiger macht, sondern nur noch mehr vernebelt, da die kapitalistischen Herrschaftsinteressen die Verdunkelung der Tatsachen begünstigen.

Verursachen hohe oder niedrige Löhne die amerikanische Wirtschaftskrise?

Im Auftrage des Völkterbundes hat Professor Felix Wignarnt, früherer Vizegouverneur der Polnischen Notenbank und Mitglied der Goldkommission des Völkterbundes, ein Gutachten über die Goldwährungsfrage ausgearbeitet. Er widmet eine ausführliche Darstellung dem Problem der Stabilisierung der Warenpreise, die in den Vereinigten Staaten während der Jahre 1923 bis 1929 durch die amtliche Kreditpolitik durchgeführt wurde und zeigt, weshalb diese Preisstabilisierung nicht geeignet war, die Wirtschaftskrise zu verhüten. Der Fehler, der zur Krise führen mußte, bestand darin, daß die Löhne weniger erhöht wurden als der Ertrag der Produktion anwuchs. Trotz ihrer Steigerung blieben die Löhne hinter dem Produktionsertrag zurück, so daß der Anteil des Lohnentkommens an dem gesamten Volkseinkommen erheblich vermindert wurde. Dem standen die stark erhöhten Profite der Unternehmer gegenüber, den diese, dank der Stabilisierung der Warenpreise, allein in der Börsenspekulation und zu Neuanlagen, die sie mit äußerst billigem Aktienkapital zu errichten vermochten, verwenden konnten. Derart entstanden in Verbindung mit der gewaltigen Steigerung der Aktienkurs-Neuanlagen, die sich als Fehlanlagen erweisen mußten, sobald die falsche Verteilung des Einkommens unfehlbar zur Verringerung des letzten Verbrauchs im Vergleich zur Produktion führen mußte. Die Konjunktur mußte daher zusammenbrechen. Mit größtem Nachdruck betonte Professor Wignarnt, daß die Stabilisierung der Warenpreise zur Verhütung der Wirtschaftskrise nichts nützen kann, solange der erhöhte Produktionsertrag verteilt wird, daß die Unternehmer auf Kosten der Arbeiterklasse erhöhte Profite annehmen können.

Das Frühjahr

mit seinen warmen Tagen macht auch die Freunde des Radportes wieder lebendig. Da ist es angebracht, erneut an unser Gewerkschaftsunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk AG, in Berlin-Lichtenrade, zu erinnern.

Die großen geräumigen Fabrikanlagen sind gewappnet für eine Tagesproduktion von über sechshundert Rädern. Weit über 200 000 Lindcar-Fahrräder werden bereits im Reich gefahren. Die gefälligen Ausführungen, die solide Qualität der Räder haben sich einen großen Freundeskreis geschaffen. Die im ganzen Reich verteilten Niederlagen halten Fahrräder, die sich im Preise von 62.— Mk. ab bewegen, und vor allen Dingen billigste Zubehör- und Ersatzteile den Interessenten zur Verfügung. Die Ortsausschüsse des ADGB, alle freigewerkschaftlichen Verbände und etliche tausend Vermittlungsstellen nehmen Wünsche und Bestellungen für Lindcar-Fahrräder entgegen und übermitteln sie dem Werk zur schnellsten Erledigung, soweit nicht die Abgabe direkt ab Lager erfolgt.

Das Lindcar-Fahrrad ist das Rad des werktätigen Mannes geworden; es ist das Rad für Beruf und Sport. Auf der Fahrt zum Schrebergarten leistet es, mit Gepädräger am Vorder- und Hinterrad versehen, wertvolle Dienste.

Die Kaufbedingungen für die Lindcar-Fahrräder wie übrigens auch für die Lindcar-Nähmaschinen, sind bedeutend verbessert und erleichtert. Das Katalogmaterial, das in den oben aufgeführten Stellen überall ausliegt, gibt erschöpfende Auskunft über die Bezugsmöglichkeiten.

Wir wiederholen unsern schon oft ausgesprochenen Appell: Unterstützt die Eigenbetriebe! Kauft Fahrräder und Nähmaschinen vom

Lindcar-Fahrradwerk AG., Berlin-Lichtenrade.

Betriebsrat und Frauenschuh.

Daß die erwerbstätige Frau eines besonderen Arbeitsschutzes bedarf, kann heute wohl allgemein als grundsätzlich anerkannt gelten. Das besagt aber noch nicht, daß man schon in allen Betrieben mit Frauenerwerbsarbeit der besondere Arbeitsschutz für die Frau auch gewährleistet ist. Im Gegenteil, es ist so, daß noch in vielen Betrieben mit Frauenerwerb, insbesondere wo Frauen- und Männerarbeit nebeneinander besteht, die besonderen Arbeitsschutzbestimmungen für die Frau sehr stark vernachlässigt werden.

Ein großer Teil Schuld trifft hierfür die Frauen natürlich selber, da dieselben, soweit sie selbständig im Erwerbsleben stehen, verhältnismäßig schlecht organisiert sind. Das letztere darf natürlich für die Gewerkschaften kein Grund sein, von sich aus nun weniger intensiv um die Durchführung des Frauenschutzes bemüht zu sein. Der gute Wille und die Bestrebungen der Gewerkschaften allein können aber auch nicht alles Notwendige vollbringen. Es ist vielmehr erforderlich, daß sich die organisierten erwerbstätigen Frauen selber in den Dienst ihrer eigenen Sache stellen und ihr nicht ihre praktische Mitwirkung vorenthalten. Die rückhaltlose Unterstützung ihrer männlichen Berufskollegen, wo Frauen mit diesen ihren Beruf teilen, gehört selbstverständlich auch dazu.

Eine Hauptaufgabe bei diesem ganzen Zusammenwirken fällt natürlich dem Betriebsrat zu. Es ist hierbei notwendig, daß in all den Betrieben, in denen in größerer Zahl Frauen beschäftigt sind, die weiblichen Betriebsratsmitglieder sich die Ueberwachung des Frauenschutzes zur besonderen Aufgabe machen. (Daselbe müßte auch in Betrieben mit Frauenerwerb ein männliches Betriebsratsmitglied tun, wenn zufällig der Betriebsrat keine weiblichen Mitglieder zählen würde.) Vorteilhaft ist es, wenn möglichst immer dafür gesorgt werden kann, daß weibliche Mitglieder dem Betriebsrat angehören, damit diese sich dieser notwendigen Spezialaufgabe unterziehen. Das letztere wäre deshalb zu begrüßen, weil das mit der Ueberwachung des Frauenschutzes betraute Mitglied des Betriebsrates natürlich nur in enger Zusammenarbeit mit den weiblichen Erwerbstätigen seines Betriebes, seiner Aufgabe gerecht werden kann. Hierbei werden sich aber immer große Hemmnisse und Unvollständigkeiten ergeben, wenn es sich um ein männliches Betriebsratsmitglied handelt, das auf solche Zusammenarbeit angewiesen ist. Der betriebliche Frauenschutz betrifft nämlich oft in starker Weise die frauliche Eigenart in ihrem geschlechtlichen Charakter, weshalb ein fruchtbares Zusammenwirken zwischen der schuhbedürftigen Erwerbstätigen und einem Mitglied des Betriebsrates oft einen starken Grad von Intimität erforderlich macht. Der schuhbedürftigen selbst ist es deshalb ganz natürlich, daß eine große Erleichterung, wenn sie sich nötigenfalls in ihren besonderen fraulichen Werten, die ihr aus dem Betriebsleben und dem Arbeitsprozeß erwachsen, an eine Geschlechtsgefährtin wenden kann.

Wäre diese notwendige Intimität auf solche Weise ermöglicht, dann müßte sich das für die Durchfüh-

rung wie auch für die Förderung und den weiteren Ausbau des Frauenschutzes vorteilhaft auswirken. Es ist heute so, daß die Betriebsarbeit noch immer viel zu schematisch für „Männerart“ zugerichtet wird, auch wo Frauen in überwiegender Zahl beschäftigt werden. Das heißt gleichzeitig, daß bei der Organisation des Arbeitsprozesses für Frauenerwerb viel zu wenig Rücksicht genommen wird auf die körperlichen und seelischen Eigenarten der Frau. Das braucht nicht immer Gleichgültigkeit dieser Frage gegenüber zu empfinden, sondern wird oft auf direkte Intimität in den diesbezüglichen notwendigen Erfordernissen gegenüber zurückzuführen sein.

Hier ermächtigt also dem weiblichen Betriebsrat (oder dem mit der Ueberwachung des Frauenschutzes besonders beauftragten sonstigen Betriebsratsmitglied) eine wichtige Aufgabe. Neben der Betätigung, die einer Ueberwachung der richtigen Durchführung der sozialen Schutzgesetzgebung für die Frau dient, sowie der Beratung der Frau bezüglich der bestehenden Hilfs- und Schutzbestimmungen, könnte so der Betriebsrat sich genügend Kenntnis und Unterlagen verschaffen, um entscheidend die Arbeitsplatzgestaltung sowie Einteilung von Arbeitsprozeß und Arbeitszeit in Anpassung an die körperlichen und seelischen Eigenarten der Frau zu beeinflussen.

Wir bitten unsere Mitglieder, sich diesbezüglich in allen Betrieben mit Frauenerwerb einzustellen und sich der Förderung dieser Frage dienstbar zu machen. Wenn die erwerbstätigen Frauen merken, daß sich die organisierten Kollegen und Kolleginnen so für sie einsetzen, dann wird sich auch unter ihnen die Sympathie für das Organisiertsein selbst heben und sie schließlich immer mehr dazu bringen, sich auch als Mitglieder in unsere Organisation einzuordnen.

Du und dein Kind.

Wir wollen Gemeinschaft, und doch können wir in diesem Streben nach Gemeinsamkeit von allen nicht an dem einzelnen vorbei. Aus ungezählten einzelnen wird die Gemeinschaft immer bestehen, und nur dann hat sie Charakter und Eigenart, wenn jeder einzelne ganz er selbst ist.

Aber wir leugnen darum die Kraft und Bedeutung der Persönlichkeit nicht. Nur wollen wir alle Persönlichkeiten binden zu einem gemeinschaftlichen Zusammensein.

Das zu wissen und zu erkennen, ist von großer praktischer Bedeutung für die Gegenwart. Es widerspricht dem schöpferischen Wesen des gewerkchaftlichen Menschen, nur theoretisch ein Ziel zu haben und nur an ein Ideal zu glauben. Wir wollen hitzwarmes Leben. Wir wollen das Ideal hineinreihen in die Gegenwart und praktisch in seinem Sinne leben, da das Ideal anders niemals zu Wirklichkeit wird.

Nirgends aber können wir diese Harmonie von Persönlichkeit und Gemeinschaft so durch eigenes Schaffen bilden wie in der Erziehung. Hier bei der Erziehung sind zwei Wesen: du und dein Kind. Und doch soll wiederum eines nur sein: Familieneinheit. Aber diese Aufgabe an der Familie als der Zelle des Gemeinschaftslebens wird von vielen Müttern verkannt. Und vielleicht noch mehr von den Vätern. Sie zwingen dem Kinde einseitig ihren Willen auf. Sie geben dem Kinde keine Freiheit des eigenen Wesens. Und so werden die Kinder leicht weder sie selbst noch die anderen, sondern Zwitgergebilde.

In einem Werk über „Die seelischen Gefahren des Kindes“ weist Dr. Birnbaum auch auf diese Gefahr für das Kind hin. „Wäge, niemand denken“, so schreibt er, „daß man ein Kind jemals zwingen könne, sich in der Richtung zu entwickeln, in der es der Erzieher gern haben möchte! Die Bildung des Lebensstils in einem Kinde ist sein eigener schöpferischer Akt. Wir können ihm nur ganz von ferne helfen, sich selbst ein Leben zu bauen, das dem Sinne des Lebens entspricht. Erziehung ist Schöpfungshilfe.“

Wir haben ein lehrreiches Beispiel für solche Mißbildung des eigenen Ich an Schiller. In einem Brief an Caroline von Weidlich schrieb er, „von der ‚herz- und geistlosen Erziehung‘, die bei ihm eintritt, die leichte, schöne Bewegung der ersten werdenden Gefühle“ gehemmt habe. Und er betonte hierzu: „Den Schaden, den dieser unzeitige Anfang meines Lebens in mir angerichtet hat, fühle ich noch heute.“

Das Kind ist ein anderer, neuer Mensch. Und mag es der Mutter ähneln oder dem Vater, es ist doch ein anderes und eigenes Wesen. Man kann es nicht biegen nach eigenem Wunsch. Man kann ihm nur helfen. Lauschen muß man auf die Stimme seines Kindes, das ja nichts leidet von dem, das in ihm geworden ist und aus ihm will.

Und das ist Erziehung zum neuen Menschen, dieses Eigene und Ursprüngliche dienstbar zu machen dem Gemeinamen.

Und das ist die heilige Aufgabe der Mutter, den Freiheitsdrang jedes Kindes durch Liebe zu binden mit dem Gedanken der Menschlichkeit.

Die sozialen Versicherungen und das uneheliche Kind.

Die Kommission des Völkerbundes für Kinderschutz, deren Mitglied Fräulein Burniaux vom Frauenkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist, hat eine Resolution gefaßt, in der es heißt:

„Nach Kenntnisnahme der vom Internationalen Arbeitsamt unterbreiteten Materialien über die Lage des unehelichen Kindes nach den Bestimmungen der Sozialversicherungsgesetzgebung und nachdem mit Befriedigung festgestellt werden konnte, daß in einer beträchtlichen Anzahl von Staaten die Sozialgesetzgebung dem unehelichen Kinde bereits die gleichen Rechte einräumt wie dem ehelichen, erfuhr das Komitee, das vom Internationalen Arbeitsamt unterbreitete Material den Regierungen zu übermitteln. Dieses Material zeigt deutlich die Bemühungen, in der heutigen Gesetzgebung dem unehelichen Kinde die gleiche Behandlung bei allen Begünstigungen der Sozialversicherung zu garantieren wie dem ehelichen Kinde.“

Dieser Schritt ist zu begrüßen, weil die ungerechten und unwürdigen Benachteiligungen des unehelichen Kindes fallen muß.

Gesundheitspflege im Mai.

„Im wunderschönen Monat Mai“, wenn die „sonnenlose, die schreckliche Zeit“ vorüber ist, dann finden die Menschen wieder den Weg zurück zur Natur. Zwingt doch der Winter viele Menschen, und besonders die Großstädter, für lange Monate dazu, sich und ihren Körper mehr oder minder gegen Licht und Luft abzuschließen, sehr zum Schaden für ihre Gesundheit.

Darum kann der Arzt für den Mai zunächst keinen besseren Rat geben, als den: Laßt Sonne herein, in eure Wohnung wie in euren Körper! „Die Fenster auf, die Herzen auf — geschwinde!“

In den Tagen des jungen Frühlings sollte daher das Lüften und Belüften unserer Wohnungen und ihres unbelebten Inhalts an Möbeln, Betten usw. mit größter Regelmäßigkeit durchgeführt werden.

Auch unsere Haut, die die winterliche Kleidung oft ängstlich von der Außenluft abgekoffen hat, bedarf des belebenden und abhärtenden Einflusses von Luft und Licht. Das gilt besonders für die Männer, deren Garderobenstaat im Winter und leider auch im Frühjahr und Sommer immer noch jeglicher vernünftigen Hygiene spottet. Natürlich muß bei beiden Geschlechtern und besonders beim Kinde der Uebergang ein recht allmählicher sein und immer wieder dabei das Thermometer mit zu Rate gezogen werden, damit nicht Erkältungsfrontheiten aller Art uns die Freude am Frühling verderben.

Sehr zweckmäßig wird man schon im Mai mit ein wenig körperlicher Abhärtung beginnen. Dies geschieht zunächst in Gestalt eines morgendlichen Luftbades im Zimmer, später, bei warmem Wetter, bei geöffnetem Fenster oder wenn möglich im Freien. Zum Baden und Schwimmen in freier Luft ist dagegen im Mai das Wetter meist noch ungeeignet.

Von hohem gesundheitlichen Werte ist auch ein längerer oder kürzerer Frühlingsspaziergang, und ein jeder sollte seine Freizeit dazu benutzen, sich auf diese Weise von den gesundheitschädlichen Einflüssen der winterlichen Stubenluft und des Stubenstodens zu befreien. Man vermeide dabei aber, etwa schon im Mai im frischen Gras oder auf Feldsteinen am Wege zu rasten. Das Gras ist meist noch feucht, der Feldstein kalt, und mancher Rheumatismus, mancher Blasenkatarrh schreibt sich her von solcher frühlingshaften Uvernunft.

Auf dem Spaziergang vergesse man nicht, Frühlingskräuter zu sammeln, die sich zur Bereitung von Salaten und Tunken eignen. Von der eigenen Raube oder vom Wochenmarkt sollten unsere Hausfrauen jetzt vor allem die frischen, billigen Gemüse, wie Spinat und Möhren, ferner Schnittlauch, Petersilie, Kresse, Radishesen, Rettich u. a., mit heimbringend für die Mahlzeit. Mit dieser Art von Frühlingskost führen wir unserem Körper nicht nur Vitamine und Salze zu, die er vielleicht entbehrt hat, sondern auch die Sonne, der alle diese Gemüse und Kräuter gleich uns ihr Leben und Wachjen verdanken.

Kinder des Mai sind ferner noch Spargel, Erdbeeren und Kresse, deren Genuß sich allerdings meist wohl nur der Leisten kann, dessen Gelbtheit dafür noch stark genug ist. Erdbeeren und Kresse eignen sich aber auch sonst nicht für jedermann, denn manche Menschen müssen ihren Genuß mit einem fiebershaften, stark judenden Ausschlag, dem sog. Kesselfieber, büßen. Wer dazu gehört, dem sei geraten, sich dieses Vederbüßens des Monats Mai lieber zu enthalten.

Dr. C. R.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die durch die Vierte Notverordnung angeordneten Löhne sind in der großen Mehrzahl bis zum 30. April 1932 befristet. Eine Umfrage ergab, daß eine Anzahl Lohnstarke nicht gekündigt wurden und demnach um die festgelegte Kündigungsfrist zunächst weiterlaufen. Nachstehend geben wir die Lohnstarke bekannt, die nicht gekündigt wurden und bemerken, daß die Liste noch nicht abgeschlossen ist.

Lederwaren.

Es sind nicht gekündigt: Breslau-Schlesien, Bielefeld, Dresden-Ostschlesien, Leipzig-Westschlesien, Frankfurt a. O., Ostdeutschland, Stadt München, Nürnberg-Bagern, Rheinland-Westfalen. Die Verhandlungen im Bezirk Berlin-Kommern ergaben keine Regelung und ist das Reichsarbeitsministerium angerufen worden. Baden hat durch Verhandlungen verlängert.

Tapezierer.

Amberg, Breslau, Bielefeld, Bergisch Land, Baugen, Chemnitz, Duisburg, Düsseldorf, Elbing, Essen, Frankfurt a. O., Frankfurt a. M. (durch Vereinbarung verlängert), Freiburg, Königsberg, München, Nürnberg, Regensburg.

Treibriemen.

Aachen, Breslau, Meißel, Köln-Dortmund.

Fahrzeuge.

Berlin, Bielefeld, Breslau, München, Nürnberg, Niederschlesien, Sachsen: Metallindustrie, Karosseriebranche, Kraftverkehr. Rothenburg, Jossen.

Handwerkstatter.

Berlin, Görlitz, Sachsen.

Stand der Löhne im Verband Ende April 1932.

(Tarifmindestlohn der über 22 bzw. 23 Jahre alten Facharbeiter.)

a) Lohnbezirke.

Berlin, Brandenburg, Mecklenburg 93 Pf., Leipzig, Westschlesien 89 Pf., Offenbach, Frankfurt, Heffen 88 Pf., Kassel, Erfurt, Thüringen 82 Pf., Stuttgart, Württemberg 81 Pf., Dresden, Ostschlesien 80 Pf., Magdeburg, Halle, Anhalt 80 Pf., Rheinland, Westfalen 80 Pf., Nürnberg, Bagern 77 Pf., Heidelberg, Ruppeneim 74 Pf., Breslau, Schlesien 72 Pf., Frankfurt a. O., Ostdeutschland 72 Pf.

b) Ortstarife.

München 82 Pf., Hannover 79 Pf., Mainz 76 Pf., Bielefeld 73 Pf.

Die Löhne der Stepperinnen über 22 Jahre betragen 65 Proz. die der Köderinnen und Schärferinnen 70 Proz. des Facharbeiterlohnes. In Bielefeld sind diese Zahlen 70 Proz. bzw. 75 Proz.

Ledertreibriemenindustrie.

(Tarifmindestlohn der über 22 Jahre alten Sattler.)

Lohnbezirke und Orte:

Berlin 100 Pf., Bremen 95 Pf., Hamburg 95 Pf., Pinneberg 90 Pf., München, Augsburg 88 Pf., Nürnberg, Fürth 87 Pf., Stuttgart 87 Pf., Magdeburg 87 Pf., Erfurt 83,7 Pf., Freistaat Sachsen, Ortstarife I 83,7 Pf., Ortstarife II 77,9 Pf., Rosenheim, Kempten, Kaufbeuren 83 Pf., Freistaat Württemberg, Ortstarife I 83 Pf., Köln, Dortmund 80 Pf., Barth 80 Pf., Hildesheim 80 Pf., Hannover 80 Pf., Nordwestgruppe 79 Pf., Rixingen 78 Pf., Reichsdorf 76,5 Pf., Aachen 76 Pf., Kreisfeld 76 Pf., Braubede 71 Pf., Jahnau 71 Pf., Danzig 1,15 Gulden.

Handwerkstatter.

(Mindeststundenlohn der Facharbeiter über 23 Jahre.)

Lohnbezirke und Orte:

Freistaat Baden, Ortstarife I 100 Pf., Ortstarife II 94 Pf., Ortstarife III 80 Pf., Ortstarife IV 87 Pf., Ortstarife V 83 Pf., Ortstarife VI 79 Pf., Freistaat Württemberg, Ortstarife I 97 Pf., Ortstarife II 93 Pf., Ortstarife III 90 Pf., Ortstarife IV 83 Pf., Frankfurt a. M. 95 Pf., Groß-Hamburg 94 Pf., Bremen 89 Pf., Handwerkammerbezirk Berlin, Ortstarife A 85 Pf., Ortstarife B 72 Pf., Ortstarife C 64 Pf., Freistaat Thüringen, Ortstarife A 85 Pf., Ortstarife B 78 Pf., Ortstarife C 75 Pf., Freistaat Sachsen, Ortstarife A 85 Pf., Ortstarife B 82 Pf., Ortstarife C 79 Pf., Magdeburg 85 Pf., Flensburg 83 Pf., Görlitz 71 Pf., Stendal 69 Pf.

Fahrzeugindustrie.

(Tariflohn der ältesten Facharbeitergruppe, Sattler, und Postkutscherei.)

Lohnbezirke und Orte:

a) Karosserie:

Hamburg 109 Pf., Berlin, Ambi, Budd 108 Pf., Kraftverkehr Sachsen 98 Pf., Freistaat Sachsen, Ortstarife I 97 Pf., Ortstarife II 92 Pf., Ortstarife III 87,5 Pf., München 93 Pf., Hannover 88 Pf., Koburg 85 Pf.

b) Kollektivabkommen in der Metallindustrie:

Berlin 93 Pf., Bielefeld 75 Pf., Mannheim 75 Pf., Frankfurt a. M., Darmstadt 72 Pf., Baugen 71 Pf., Mainz 70 Pf., Nürnberg 69 Pf., Zeitz 69 Pf., Breslau, Görlitz, Grunberg, Liegnitz, Rieznitz 68 Pf., Stettin 67 Pf., Rothenburg 66 Pf., Brandenburg 65,5 Pf.

Zu den Tariflöhnen der Gruppe b erfolgt in den meisten Fällen noch ein tariflicher Zuschlag als Leistungszulage bis zu 25 Pf.

Sonstige Branchen.

Groß-Berlin: Dinsloeumler und Teppichnäher 140 Pf., Helfer 115 Pf., Teppichstaplerinnen 122 Pf., Näherinnen 105 Pf., Zelte- und Plänesattler 120 Pf., Segelmacher 120 Pf., Hilfsarbeiter 104 Pf., Maschinennäherinnen 88 Pf., Handnäherinnen 76 Pf., Konstanz: Zelte und Matten 94 Pf.

Tapezierergewerbe.

(Tarif- und Mindeststundenlohn der ältesten Facharbeitergruppe.)

a) Lohnbezirke:

Groß-Hamburg 117 Pf., Köln, Bonn 115 Pf., Groß-Berlin 111 Pf., Nürnberg, Fürth 100 Pf., Freistaat Baden, Ortstarife I 100 Pf., Ortstarife II 94 Pf., Ortstarife III 90 Pf., Ortstarife IV 87 Pf., Ortstarife V 83 Pf., Ortstarife VI 79 Pf., Freistaat Württemberg (Annungsbetriebe) Ortstarife I 97 Pf., Ortstarife II 93 Pf., Ortstarife III 90 Pf., Ortstarife IV 83 Pf., Freistaat Württemberg (Möbelbetriebe): Ortstarife I 96 Pf., Ortstarife II 89 Pf., Ortstarife III 84 Pf., Ortstarife IV 80 Pf., Freistaat Thüringen, Ortstarife I 94 Pf., Ortstarife II 87 Pf., Ortstarife III 83 Pf., Bergisch Land 92 Pf., Bremen mit Delmenhorst und Hermelingen 92 Pf.

b) Ortstarife:

Essen 106 Pf., Düsseldorf 105 Pf., (Spezialarbeiter 116 Pf.), Frankfurt a. M. (Möbelbetriebe) 102 Pf., Frankfurt a. M. (Annungsbetriebe) 102 Pf., Leipzig, Würzen 102 Pf., Dresden (Normallohn) 102 Pf., Brandenburg 101 Pf., Duisburg 100 Pf., Frankfurt a. M. (Stapelbetriebe) 100 Pf., München 100 Pf., Stettin 100 Pf., Augsburg 99 Pf., Mainz 98 Pf., Braunschweig 96 Pf., Wiesbaden 96 Pf., Hannover 95 Pf., Chemnitz 95 Pf., Darmstadt 93 Pf., Halle 93 Pf., Lübeck 93 Pf., Neumünster 93 Pf., Allenborf 92 Pf., Kiel 89 Pf., Königsberg 88 Pf., Magdeburg 87 Pf., Rostock 87 Pf., Schwerin 87 Pf., Bielefeld 85 Pf., Dessau 85 Pf., Bernburg 85 Pf., Freiberg 85 Pf., Amberg 85 Pf., Kassel 85 Pf., Regensburg 85 Pf., Baugen 83 Pf., Flensburg 83 Pf., Breslau 82 Pf., Wismar 82 Pf., Rottbus 81 Pf., Göttingen 81 Pf., Ahoe 81 Pf., Elbing 80 Pf., Frankfurt a. O. 80 Pf., Liegnitz 78 Pf., Spremberg 77,5 Pf., Stendal 77 Pf., Görlitz 76,5 Pf., Landsberg a. W. 75,5 Pf., Koburg 70 Pf., Danzig 1,25 Gulden.

Gefahr.

Das Unternehmertum glaubt jetzt der Arbeiterschaft einen entscheidenden Schlag versetzen zu können. Die Beseitigung der Sozialgesetzgebung und der Abbau der Manteltarifverträge und Lohnabkommen ist sein sehnlichster Wunsch. Dabei glaubt es mit der durch jahrelange Arbeitslosigkeit gemürbten Arbeiterschaft leichtes Spiel zu haben. Die Macht in der Arbeiterbewegung verkörpern die freien Gewerkschaften, und so ist es erklärlich, daß sich der Kampf der Unternehmer in erster Linie gegen diese richtet. Die jahrelange Arbeitslosigkeit schädigt nicht nur den einzelnen Arbeiter, sondern zieht auch die Gewerkschaften in Mitleidenschaft. Geradezu deprimierend sind die Auswirkungen auf die Psyche des Arbeitslosen selbst. Verlegen wir uns in die Lage eines Arbeiters, der bereits jahrelang ohne Beschäftigung, jeder Aussicht beraubt ist, in ablehbarer Zeit sich durch eigener Hände Arbeit sein Brot zu verdienen. Noch können wir erfreulicherweise feststellen, daß sich, der größte Teil der Arbeitslosen nicht mißbrauchen läßt. Aber „Heter Tropfen höhlt den Stein“ und lange Arbeitslosigkeit zermürbt auch den besten Klagen- genossen. In kurzer Zeit stehen wir vor neuen Entscheidungen, denn am 30. April läuft der größte Teil der Lohn- und Manteltarife ab. Da gilt es zu zeigen, daß die Führung der Gewerkschaften und mit ihnen die klagenbenutzte organisierte Arbeiterschaft nicht gewillt ist, noch länger Fangball mit sich spielen zu lassen. Das gilt nicht nur für die Lohn- und Tarifverhandlungen, sondern überall da, wo Vertreter der Arbeiterschaft berufen sind, die Interessen derselben zu vertreten.

Es ist natürlich Unflun, wenn Menschen, die sich dem Unterschied von früher und heute noch nicht klargemacht haben, behaupten: „Wir hätten ja doch nichts mehr zu verlieren.“ Das schließt jedoch nicht aus, darüber nachzudenken, was wir tatsächlich verloren haben. Ich erinnere an den Abbau in der Arbeits-

losen- und Krankenversicherung und an die Kürzung der Invalidenrenten und nicht zuletzt der Löhne und Gehälter. Sinn und Zweck dieser Zeiten soll sein, auf die Gefahr hinzuweisen, die durch die allgemeine Notlage mit all ihren Begleiterscheinungen für die Arbeiterschaft entsteht. Wollen wir nicht ruhig zusehen, wie der Arbeiterschaft der Todesstoß versetzt wird, so müssen wir der Wurzel des ganzen Übels näherkommen. Rettung kann nur durch Arbeitsbeschaffung erfolgen. Wenn das nicht mit dem Willen des Kapitals möglich ist, so muß es gegen denselben geschehen. Ist der Kapitalismus nicht mehr imstande, die Wirtschaft zu meistern, so hat er abzutreten, geht er nicht freiwillig, so muß er dazu gezwungen werden. Es gilt, alle Kräfte einzusetzen zur Gesundung der Arbeiterbewegung. W. Lindner, Zeitz.

Rundschau

Englische Einfuhrzölle auf deutsche Lederwaren. Das neue englische Weichbuch enthält eine unerwartete Befragung der Einfuhr von Leder, Schuhen, Lederwaren und dergleichen. So ist auf zugerichtetes Leder ein Zoll von 15 Proz. gelegt, auf Sattlerwaren von 20 Proz. und auf Ledertaschen, Lederkoffer und Sportartikel ein Zoll von 25 Proz. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, wird daher deutscherseits erwogen, diejenigen Rohstoffe der Ledererzeugung, die bisher über England bezogen worden waren, fortan möglichst direkt von den Gewinnungsländern zu kaufen.

Deutsche Lederwarenfabrikanten gegen Autarkie. In einer Entschlieung tritt der Bund Deutscher Lederwarenfabrikanten e. V. für Exportförderung ein. Er wendet sich gegen die Bestrebungen zur Einführung der Autarkie und erhebt gegen derartige Maßnahmen aufs schärfste Widerspruch. „Die deutsche Lederwarenfabrikation ist eine ausgeglichene Exportindustrie und infolgedessen auf Ausfuhrmöglichkeiten angewiesen. Die Einführung der Autarkie in Deutschland würde zu weiteren zoll- und devisenpolitischen Gegenmaßnahmen im Ausland führen, wie sie bereits kürzlich auf Grund der deutschen Buttererhöhung zum Beispiel seitens Danemark festzustellen sind.“ Die Folge würde sein: Stilllegung weiterer Betriebe und Entlassungen von Arbeitern.

Schlechte Geschäftslage in der französischen Lederwarenfabrikation. Der Ausschuss der französischen Lederwarenfabrikanten hat mit Rücksicht auf die besonders für die Lederwarenfabrikation schwierigen Wirtschaftsverhältnisse beschlossen, die Lederwarenwochen im Jahre 1932 nicht abzuhalten.

Bleibt der Leberfall auf Otto Wels ungeklärt? Am Freitag vor der preussischen Landtagswahl hat in Köln a. Rh. eine Kette nationalsozialistischer Kaufbolde unter Führung des Reichstagsabgeordneten Ley den Vorispenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unseren Kollegen Otto Wels überfallen und mittels einer Weinsflasche und anderen Schlaginstrumenten schwere Verletzungen zugefügt. Die Rohlinge wurden verhaftet und sollten dem Schnellrichter zugeführt werden. Am Dienstag, dem 26. April, ist Ley auf Beschluß der Kölner Straftammer aus der Haft entlassen worden, da angeblich kein Fluchtverdacht vorliegt. Ley ist nunmehr durch seine Immunität als Reichstagsabgeordneter gedeckt und damit eine Sühne seiner rohen Tat in weite Ferne gerückt. Bei Aufnahme der Immunität der Abgeordneten in die Verfassung hat bestimmt kein Mensch daran gedacht, daß dieser Schutz der freien Meinungsäußerung dazu dienen könnte, Kaufbolde der Sühne für ihre Roheiten zu entziehen.

Bücherchau

Der „Volksstun“, die große illustrierte des schaffenden Volkes, kann für 90 Pf. monatlich und 6 Pf. Zustellgebühr bei der Post, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden oder beim Volksstun-Verlag, Berlin 88.

Verbandsnachrichten

(Befanunsmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 2. Mai bis 8. Mai ist der 19. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Sterbefall

Berlin. Am 21. April starb im Alter von 54 Jahren unsere Kollegin, die Tapezierer-Näherin Emma Klapp. Sie war 20 Jahre treues Mitglied unseres Verbandes. Die Ortsverwaltung. Ehre ihrem Andenken!